

Alexander Skipis

# Ohne Meinungsfreiheit keine Demokratie – Ohne Offenheit und Respekt keine Meinungsfreiheit

**#IchWillMeinungsfreiheit:** Dieser Hashtag verbreitete sich Anfang Februar rasant in chinesischen sozialen Medien, als der Arzt Li Wenliang in Wuhan verstarb. Li hatte im Dezember vergangenen Jahres als einer der ersten vor dem neuartigen Coronavirus gewarnt. Daraufhin wurde er in Polizeigewahrsam genommen und ermahnt, er solle keine »Gerüchte« verbreiten. Li hat sich dieser Aufforderung widersetzt und die Schweigsamkeitserklärung, die er bei der Polizei unterschreiben musste, im Internet publiziert. Nachdem er sich selbst mit dem Coronavirus angesteckt hat, wurde er erst recht zum Helden einer Bevölkerung, die sich gegen den Kontrollwahn einer totalitären Regierung auflehnt, die ihren Bürgerinnen und Bürgern die Wahrheit vorenthält.

Eine Bürgerschaft, die nach Meinungsfreiheit ruft, will wissen, was in ihrem Land vor sich geht und an der Diskussion über Lösungen gesellschaftlicher Problemlagen teilhaben. Sie will ihrer Regierung nicht blind vertrauen müssen, sondern durch freie Informationen sicherstellen, dass sie ihren Auftrag im Wohle des Volkes erfüllt. Sie will durch öffentliche Debatten und Diskussionsbeiträge Einfluss auf die Politik ihres Landes nehmen. Das ist ein Verlangen, das logischerweise auch zur Forderung nach freien Wahlen führen kann. Deswegen überrascht es nicht, dass autoritäre Regime wie die kommunistischen Kader Chinas so sehr darum bemüht sind, den freien Meinungs austausch zu unterbinden. #IchWillMeinungsfreiheit wurde nach kurzer Zeit von den Zensoren des Landes verboten.

Meinungsfreiheit und Demokratie gehören untrennbar zusammen. Die Meinungsfreiheit ist die Grundbedingung dafür, dass es in einer Gesellschaft zu einem öffentlichen Meinungsbildungsprozess kommen kann, in dem alle Bürgerinnen und Bürger gemeinsam darüber reden und diskutieren können, wie sich ihr Land entwickeln soll. Zentral ist dabei die Möglichkeit der Bürgerinnen und Bürger, das Handeln ihrer Regierung zu beleuchten und zu kritisieren. Und wenn dabei wie in der UdSSR zu Zeiten von Glasnost die bevölkerungsfeindlichen Mächte eines Unrechtsstaates ans Licht kommen, so wird es für diesen enorm schwer, sich an der Macht zu halten.

In Deutschland haben wir seit über 70 Jahren ein Grundgesetz und eine politische Ordnung, welche die Meinungsfreiheit garantieren. Der Staat ist dazu verpflichtet zu gewährleisten, dass ein freier Meinungs austausch in der Bevölkerung stattfinden kann. Doch ein demokratischer Meinungsbildungsprozess findet deswegen nicht automatisch statt. Wir Bürgerinnen und Bürger dieses Landes sind in der Verantwortung, von unserem

Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch zu machen und dafür einzustehen. Die internationale Lage der Meinungsfreiheit ist prekär und sollte uns davor warnen, hier in Deutschland leichtfertig damit umzugehen. Um das zu erkennen, braucht man nicht weit zu reisen. In Ungarn, einem Mitgliedsstaat der EU, gibt es kaum noch Medien, die kritisch über die Arbeit der Regierung berichten. Und laut Nils Melzer, dem Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen zum Thema Folter, haben sich mit den USA, Ecuador, Schweden und Großbritannien vier eigentlich demokratische Staaten zusammengeschlossen, um Julian Assange dafür zu bestrafen, dass er Kriegsverbrechen der USA und ihrer Partner in Afghanistan und anderswo aufgedeckt hat.

Was bedeutet das alles für uns hier in Deutschland? Zum einen dürfen wir nicht wegsehen, wenn die Meinungsfreiheit in anderen Ländern mit Füßen getreten wird. Die Unterdrückung unliebsamer Stimmen, egal wo auf der Welt, geht uns alle an. Zum anderen müssen wir sie hier in Deutschland nutzen, um die Entwicklung unseres Landes mitgestalten zu können. Ein gutes Beispiel hierfür sind die Fridays-for-Future-Demonstrationen, die es binnen kürzester Zeit geschafft haben, das Thema Klimawandel und Umweltschutz mit einer Dringlichkeit auf die öffentliche Agenda zu bringen, dass die Große Koalition sich dazu gezwungen sah, zu reagieren und ihre Politik zu ändern.

## Diskussionen über die wichtigen Themen

Der Fortbestand der Meinungsfreiheit hängt aber nicht nur davon ab, dass wir sie nutzen, sondern auch wie. Dafür müssen wir uns die Funktion und Rolle der Meinungsfreiheit in unserer Demokratie bewusst machen. Sie ist dafür da, dass wir als Bürgergesellschaft in eine Diskussion über die wichtigen Themen unseres Landes kommen können. In diesem Sinne verlangt die Meinungsfreiheit mehr als ein einfaches Statement, mit dem man selbstzufrieden die eigene Position betont und sich danach für nichts weiter interessiert. Beispiele hierfür findet man leider zuhauf in den Talkshows des deutschen Fernsehens. Eine Meinungsäußerung sollte immer auch als Basis oder Fortführung eines Gesprächs gedacht werden, bei dem man gemeinsam mit anderen Themen erörtert und zu Lösungsansätzen kommt. Dabei sollte man offen für die Argumente des Gegenübers sein, der eventuell mehr über ein Thema wissen könnte als man selbst. Die eigene Meinung ist in diesem Prozess nur ein Teilstück.

Doch leider sind viele Menschen in unserer Gesellschaft in ihren Ansichten so verhärtet, dass sie gar keine alternativen Meinungen oder gar Widersprüche aushalten können. Die

### Woche der Meinungsfreiheit:

Gemeinsam mit dem Berufsverband Information Bibliothek (BIB) und weiteren Partnern lädt der Börsenverein des Deutschen Buchhandels unter dem Motto »Meinungsfreiheit ist mehr als meine Meinung« die deutsche Zivilgesellschaft dazu ein, eine Woche lang mit Veranstaltungen und Aktionen für die Meinungsfreiheit einzutreten. Mit ihrem wichtigen gesellschaftlichen Auftrag sieht sich die Buchbranche besonders in der Verantwortung, sich für Meinungsfreiheit und eine offene Debattenkultur einzusetzen und diese mitzugestalten. Die »Woche der Meinungsfreiheit« soll ab 2021 jährlich vom 3. bis zum 10. Mai stattfinden. Erste Veranstaltungen in Bibliotheken und Buchhandlungen finden bereits in diesem Jahr statt.

Reaktion in solchen Fällen ist leider häufig nicht Neugier oder Interesse, an dem was die oder der Andere zu sagen hat – die andere Person könnte etwas wissen, das ich nicht weiß – sondern Diskriminierung und Hass. Diese Erfahrung müssen etwa immer wieder Journalisten machen, die Dinge schreiben, die bestimmte Menschen nicht hören wollen. Der ehemalige Spiegel-Korrespondent Hasnain Kazim, ein wortstarker Kritiker der AfD, hat nach eigener Aussage allein in den letzten zwei Monaten des Jahres 2019 fast 400 Morddrohungen erhalten. Dass man nicht leichtfertig mit solchen Drohungen umgehen sollte, hat die Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke im letzten Jahr erschreckend unter Beweis gestellt. Hier ist der Staat gefragt, der einen Rahmen dafür schaffen muss, dass Menschen ihre Meinung äußern können, ohne Angst um ihr Leben haben zu müssen. Wenn Hass und Hetze weiterhin ungestraft bleiben, werden sich mehr und mehr Menschen überlegen, ob sie ihre Meinung überhaupt noch kundtun wollen. Selbstzensur ist eine große Gefahr für die Meinungsfreiheit, auch hier in Deutschland.

### Ein Angebot an alle Menschen

Morddrohungen, Drohungen jeder Art, sind Äußerungen, die der Meinungsfreiheit diametral entgegenstehen. Die Meinungsfreiheit ist ein Angebot an alle Menschen, am öffentlichen Gespräch teilzunehmen und nicht dafür da, um einzelne Personen oder Bevölkerungsgruppen auszugrenzen, zu diffamieren oder zu verängstigen. Damit sie in unserer Gesellschaft ihre demokratie-stiftende Wirkung entfalten kann, bedarf sie aufseiten der einzelnen Bürgerinnen und Bürger einer gewissen Haltung sich selbst, seinen Mitmenschen und der demokratischen Gesellschaft als Ganzen gegenüber. Diese Haltung zeichnet sich durch Offenheit, Respekt und Toleranz vor Andersdenkenden aus. Mein Gesprächspartner genießt die gleichen Rechte wie ich, verfügt aber über einen anderen Erfahrungsschatz, von dem ich eventuell etwas lernen könnte. Wenn wir uns mit gegenseitigem Respekt begegnen und einander

interessiert zuhören, können wir gemeinsam über die Probleme unserer Zeit und mögliche Lösungen diskutieren, ohne uns anzufeinden.

Diese Haltung wird uns Menschen nicht in die Wiege gelegt. Sie ist mit einem relativ hohen Anspruch an jedes Individuum verbunden. Dazu gehört, dass man zuhören, verstehen, abwägen und argumentieren können muss. Wir müssen lernen und üben, von der Meinungsfreiheit Gebrauch zu machen. Es sollte eine der Hauptaufgaben der Schulbildung sein, unseren jungen Mitmenschen diese offene, respektvolle, aber auch kritische Haltung und die dazugehörigen Fähigkeiten zu vermitteln. Doch neben den Schulen braucht es weitere öffentliche Räume, in denen die Meinungsfreiheit exemplarisch vorgelebt wird. Hier bietet sich Bibliotheken und Buchhandlungen eine Chance, sich als Orte der demokratischen Diskussion zu etablieren, in denen Menschen sich nicht nur informieren, sondern auch miteinander in Austausch treten können.

#IchWillMeinungsfreiheit funktioniert in China, aber nicht in Deutschland. Wir haben die Meinungsfreiheit. Sie ist ein absoluter Grundwert. Wir sollten uns diese zentrale Rolle der Meinungsfreiheit für unser Zusammenleben bewusst machen und sie nutzen, um respektvoll und interessiert darüber zu diskutieren, wie sich unser Land in Zukunft entwickeln soll. Dabei sollten wir uns von der Erkenntnis leiten lassen, dass die Meinungsfreiheit aus gutem Grund nicht nur für mich selbst gilt, sondern auch für mein Gegenüber. Meinungsfreiheit ist mehr als meine Meinung – sie bedingt den Austausch verschiedener Meinungen in einer freien, offenen Gesellschaft.



**Alexander Skipis** (Foto: ActuaLitté.com – CC BY SA 2.0), geboren 1954, ist seit 2005 Hauptgeschäftsführer des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels. Von 2002 bis 2005 war er Ministerialdirigent und Abteilungsleiter in der Hessischen Staatskanzlei. Zuvor verantwortete er unter anderem die Unternehmenskommunikation und das Marketing bei der Messe Frankfurt und war geschäftsführender Gesellschafter bei der Leipziger & Partner Kommunikations GmbH. Er setzt sich durch Initiativen für Meinungsfreiheit und Debattenkultur ein, zum Beispiel beim Börsenverein 2016 mit der Aktion #FreeWordsTurkey oder einer Mahnwache vor dem Gefängnis in Istanbul, in dem die türkische Autorin Asli Erdogan inhaftiert war.